



Bei =



tung

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin den 26. März. Se. Majestät der König haben Allernädigst gernht: Den Kabinets-Rath Illaire zu Allerhöchstihrem Geheimen Kabinets-Rath; die Landgerichts-Assessoren, Freiherr von Molius zu Düsseldorf und Kiesgen zu Saarbrücken, zu Staats-Prokuratoren; so wie den Landgerichts-Assessor Arnolds zu Düsseldorf zum Landgerichts-Rath zu ernennen; und dem Regierungs-Instituten-Haupt-Kassen-Kontrolleur Heinke zu Breslau den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen; die von der Genossenschaft des Rheinischen ritterbürtigen Adels getroffene Wahl des bisherigen Pfarrers zu Kessenich, Joseph Schroeteler, zum Ober-Direktor der Rheinischen Ritter-Akademie zu Bödberg zu bestätigen; und dem Fleischermeister Wilhelm Böttcher zu Erfurt das Prädikat eines Hof-Fleischermeisters beizulegen.

Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die verwitwete Frau Großherzogin, so wie Ihre Hoheit die Herzogin Luise von Mecklenburg-Schwerin, sind nach Schwerin zurückgereist.

Der Wirkliche Geheime Ober-Finanzrath und Direktor im Finanzministerium, von Pommer-Esche, ist aus Schlesien, und der Erb-Thürwärter im Fürstenthum Paderborn, Graf von Mengersen, von Rheder hier angekommen. — Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich zu Hessen-Kassel, ist nach Neu-Strelitz abgereist.

(Deutsche Zustände.) — In der Geschichte der neuesten Gegenwart Deutschlands bildet der vorige Monat ein bemerkenswerthes, Epoche machendes Moment. Er ist durch drei Ereignisse bezeichnet, welche für die drei ersten Staaten Deutschlands und ihre politische Entwicklung von Bedeutung sind. Österreich hat im Anfang Februar die Verordnung über die Ablösung der Roboten erlassen; in Preußen sind die kaum mehr erwarteten Patente über die Bildung und Einberufung der Vereinigten Landstände erschienen; in Bayern endlich ist das ultramontane Reactions-Ministerium Abel gefallen und hat gemäßigten Männern der liberalen Bureaucratie und des gemäßigten constitutionellen Justemilieu weichen müssen. Jedenfalls wird der Februar 1847 von der Reactionspartei in Deutschland nicht mit rother Kreide unterstrichen werden; er enthält zu viel schwärze Tage, mehr als einen für sie diem carbone notandum. Daß dieser Monat aber für die politische Entwicklung Deutschlands eine wirkliche Epoche werde, das hängt von der Weise ab, wie man die Ereignisse desselben ergreift und benutzt. Es hängt nicht von dem Moment ab, vielmehr hängt alles von denen ab, die ihn benutzen sollen. Oft genug hat der große Moment ein kleines Geschlecht gefunden und der minder große Moment kann daher viel bedeutender werden als mancher größere Moment, wenn er nur seine Zeit reif und gerüstet findet. Die öffentliche Erörterung über die Preußischen Patente ist, man kann sagen, nicht nur in Preußen und Deutschland, sondern in ganz Europa zu dem Schlussergebnis gekommen, daß das, was gegeben, dem Geber hoch anzuerkennen, daß es eine ungeheure welthistorische Bedeutung habe. Auch in Bayern endlich hängt alles davon ab, wie man den Moment zu benutzen verstehen wird, wie die Männer der freieren Richtung mit staatsmännischem Takt, Kraft und Verstand, ihre Stellung behaupten. Hat der Moment 1847 seine Männer gefunden, dann kann er das Ende der Deutschen Reaction bezeichnen, die seit dem Jahre 1832 auch in Deutschland die schon einmal in Frankreich ihr so verhängnisvoll geworbene Periode von 15 Jahren (vom zweiten Pariser Frieden bis zur Julirevolution) vollendet hat.

Berlin. — Bei dem großen Interesse für den bevorstehenden Vereinigten Landtag, welches sich sehr natürlicher Weise in dem Maße steigert, als der Augenblick der Eröffnung näher rückt, dürfte es unseren Lesern lieb sein, wenn

wir in Folgendem einige kurze Notizen über die, dem Vernehmen nach, an die Stände gelangenden Propositionen zusammentragen, wobei wir freilich bevorworten müssen, daß wir, der Natur der Sache nach, dieselben nicht als zuverlässige Nachrichten zu geben vermögen, sondern vielmehr als Gerüchte, die theils bereits ihren Ausdruck auch in öffentlichen Blättern gefunden haben, theils doch vielfach von Mund zu Mund umhergetragen und geglaubt werden. Es ist zunächst bereits in Nr. 55. der Spes. Ztg. des Gerichts Erwähnung geschehen, daß die Umwandlung oder Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer der Gegenstand der einen Proposition bilden werde, und es ist durch andere Zeitungen diese Nachricht durch den Zusatz vervollständigt worden, daß man mit der Absicht umgehe, statt derselben eine Vermögenssteuer einzuführen, und zwar solle hierbei, einer Notiz in der Kölner Zeitung zufolge, vierfach geschieden und die Repartition der Steuer hiernach verschieden angelegt werden, nämlich 1) zwischen dem Grundbesitzthum, 2) dem Capitals-Vermögen, 3) dem Einkommen vom Betriebe der Gewerbe, und 4) dem persönlichen Gehalt. Es wäre voreilig, wollte man schon jetzt über die Ausführbarkeit eines derartigen Planes sich weiter auslassen, da bisher die Nachrichten selbst noch nicht als verbürgt anzusehen sind, und jedenfalls der Plan sich noch nicht nach seinem Zusammenhange und seinen genaueren Details überschauen läßt; hinzuzufügen aber können wir doch nicht unterlassen, daß ein Gerücht sagt, es sei zwar allerdings der hier eben angegebene Plan ursprünglich entworfen gewesen, allein die Regierung habe sich neuerdings bewogen gefunden, denselben auf die Einführung einer bloßen Klassesteuer zurückzuführen. Jedenfalls wird eine diesem Gegenstande gewidmete Regierungs-Vorlage an die Stände das allerhöchste Interesse in Anspruch nehmen, deshalb aber auch, wie sich schon jetzt mit Bestimmtheit voraussehen läßt, Anlaß zu den allerlebhaftesten Debatten geben, da die Anzahl Derer, die für die Beibehaltung der Mahl- und Schlachtsteuer sind, noch immer keineswegs gering anzuschlagen ist, und vor Allem weil sie bei ihren Gründen die Erfahrung unmittelbar zur Seite stehen haben. Eine zweite Proposition wird dem Vernehmen nach die Ausdehnung des neuen Criminal-Gerichts-Vergfahrens, wie es durch das Gesetz vom 17. Juli festgestellt worden ist, über das ganze Land (natürlich mit Ausschluß der Rheinprovinz) betreffen, wobei, wie hinzugeckt wird, vornehmlich auch die in neuerer Zeit vielfach zur Sprache gebrachte Umwandlung der Patrimonialgerichtsbarkeit zur Berathung kommen dürfte. Wir unterlassen es hier noch irgend weiter über diese Proposition zu sprechen, da einer ausführlicheren Erwähnung derselben bereits in manchen Blättern eine Stelle eingeräumt worden. Einem ferneren Gerüchte zufolge wird eine dritte Regierungs-Vorlage der gleichmäßigen Ausgleichung der Grundsteuer in allen Theilen der Monarchie gewidmet sein. Dieselbe dürfte wohl durch die wiederholten Petitionen, die von den Provinzial-Landtagen der westlichen Landestheile in neuerer Zeit bei der Regierung wegen einer Überbürdung mit dieser Steuer eingereicht worden sind, veranlaßt sein; jedenfalls wird es dankbar anerkannt werden, wenn die Regierung den Anstoß für eine gemeinsame Berathung der Abgeordneten sämtlicher Provinzen über diesen Gegenstand geben sollte, denn dadurch wird die beste Gelegenheit sich darbieten, diese Beschwerden nach ihrem wahren Werthe zu ermessen, und dieselben demgemäß entweder zu berücksichtigen oder zurückzuweisen. Als einen vierten Gegenstand für die Thätigkeit der Stände, zu dem die Regierung dem Vernehmen nach den Anlaß bieten werde, und bei dem leicht wichtige, die Geldverhältnisse des Landes betreffende, Momente mit in die Berathung hineingezogen werden dürften, führt die Augsburger Allgem. Ztg. den Bau der großen östlichen Eisenbahn auf, indem sie bemerkt, daß Seitens der Regierung an die Stände eine Anfrage werde gerichtet werden, in welcher Weise die für diesen Bau nothwendigen Geldmittel wohl am besten zu beschaffen sein würden? Wir müssen die Richtigkeit dieser Angabe vorläufig noch völlig dahingestellt sein lassen, wollen jedoch nicht unerwähnt lassen, daß, diesem Gerücht gerade widersprechend, ein anderes umläuft, daß die Verhandlungen einer Englischen Aktiengesellschaft, wegen Übernahme dieses Baues, deren auch in unserer Zeitg. bereits vor län-

gerer Zeit gedacht ist, sich immer mehr dem Abschluß nähren sollen, in der Weise, daß, mit Ausnahme des Weichsel-Ueberganges, die Herstellung der gedachten Bahn wirklich der erwähnten Gesellschaft überlassen werden solle. Als fünfte Proposition ist vielfach eine Regierungs-Vorlage bezeichnet worden, die sich auf die dem Auslande gegenüber in Zukunft zu befolgende Handelspolitik, und namentlich auf die Einführung eines consequenten Differentialzollsystems beziehen solle. Ein gegenwärtig viel verbreitetes Gerücht besagt aber, mit Bezug hierauf, daß neuerdings der Entschluß gefaßt worden sei, diese ursprünglich beabsichtigte Vorlage nicht an die Stände gelangen zu lassen, „weil, wie die Kölnische Zeitung mittheilt, es einerseits nicht hat gelingen wollen, die umfangreichen beschäftigten Vorarbeiten, und namentlich die nothwendig vorhergehende Verständigung mit den Hansestädten und besonders mit Bremen zum Abschluß zu bringen, und weil es andererseits bei dieser Angelegenheit nicht sowohl auf den einseitigen Beschuß und Entschluß Preußens, als vielmehr auf ein gemeinsames Handeln sämtlicher Zollkreis-Staaten ankommt.“ Sollte deshalb denn auch keine auf diesen Gegenstand bezügliche Proposition an die Stände gelangen, so glauben wir doch immer, daß die Berathungen häufig genug auf die hier einschlagenden Verhältnisse werden hingeleitet werden, da, in Folge des herrschenden Notstandes, vor Allem die materiellen Verhältnisse einer allseitigen Erwähnung unterzogen, und hierbei die Blicke auch natürlich auf die handelspolitischen Zustände hingelenkt werden dürfen. Die hier im Vorhergehenden zusammengetragenen Gegenstände sind es, von denen das Gerücht bis jetzt besagt, daß sie Seitens der Regierung zur Kenntnisnahme und Berathung der Stände gebracht werden würden. Jedenfalls kommen hierzu noch die Vorlagen in Bezug auf den Staatshaushalt und das Staatschuldenwesen, die Se. Maj. der König einem jeden in der Folge zusammentretenden Vereinigten Landtage vorlegen zu lassen, in den Verordnungen vom 3. Februar zugesichert hat. Wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, daß diesen Vorlagen leicht die wichtigsten von allen sein werden.

Berlin. (K. Ztg.) Es wird die zahlreichen Freunde unserer genialen Mit-Bürgerin Frau Bettina von Arnim interessiren, zu hören, daß dieselbe in der letzten Zeit in einem eigenthümlichen Conflicte mit unseren städtischen Behörden gestanden. Die Stadt hat nämlich dieser romantischen Frau die Verpflichtung auferlegen wollen, Bürger zu werden, weil sie selbst ein literarisches Verlags-Geschäft und mithin ein öffentliches Gewerbe betreibe, zu welchem durchaus die Erlangung des städtischen Bürgerrechtes erforderlich sei. Zu dieser Aufnahme hat auch allerdings das von Frau Bettina etablierte literarische Geschäft, welches hier unter der Firma „Expedition des von Arnim'schen Verlags“ besteht und in öffentlichen Ankündigungen und buchhändlerischen Versendungen mehrfach vorgekommen ist, Veranlassung geben können. Bettina hat jedoch daran ein ganz in ihrer Weise und mit aller Freiheit der „Schwebereligion“ abgesetztes Schreiben an den Magistrat gerichtet, worin sie zuerst nachweist, daß jene Verlagsfirma nur zum Vertrieb ihrer eigenen Bücher und der nachgelassenen Werke ihres Gatten benutzt werde, was nach dem Preußischen Landrechte verstattet sei, wie denn auch diese Bücher zu ihrem weiteren Debit stets den ordentlichen Sortimentsbuchhändlern übergeben würden. Wenn aber, heißt es in dem Bettina'schen Schreiben zum Schlusse, der Berliner Magistrat dennoch darauf bestehen wolle, daß sie Bürger werde, so wünsche sie das Bürgerrecht nicht mit den üblichen Kosten zu erwerben, sondern der Magistrat möchte ihr in Abetracht ihrer Stellung das Ehrenbürgerecht der Stadt Berlin verleihen! Auf diese ungemein witzig und genial abgesetzte Vorstellung soll sich jedoch unser Magistrat nicht veranlaßt geschenkt haben, in gleichem Tone zu antworten. Die Antwort des Berliner Magistrats ist kurz und bündig dahin ergangen, daß von der Erwerbung des Bürgerrechts bei Forderung des erwähnten Verlagsgeschäfts nicht abgesehen werden könne.

Breslau den 23. März. (D. Allg. Ztg.) Schon früher hatte ich berichtet, daß die hiesigen städtischen Behörden, um den vielen Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, einige Arbeiten extemporiert haben, wie z. B. die Ausschlammung des hiesigen Stadtgrabens, wobei sich auch einige Arbeiter von außerhalb Breslaus eingefunden hatten. Sei es, daß die Ausschlammung bereits beendigt oder daß die Lässigkeit und Trägheit, mit der diese Arbeit von den dabei Beschäftigten betrieben wurde, den hiesigen Magistrat dazu bewogen hat, kurz, es wurden am 20. März jene Arbeiten eingestellt und alle Arbeiter entlassen. Die nächste Folge war, daß die entlassenen Arbeiter sich gestern in der Frühe zu dem städtischen Baurath begaben, und ihn um weitere Beschäftigung ersuchten. Natürlich konnten der Baurath ihrem Gesuche nicht willfahren; er erklärte ihnen dies und beschied sie dahin, daß er hierin allein nichts unternehmen dürfe, und daß der Magistrat in dieser Sache die competente Behörde sei. Auf diesen Bescheid gingen sie nach dem Rathause, wo sie aber aus Unbekanntschaft mit der Localität ihr Gesuch nicht anbringen konnten. Hierauf beschlossen sie, dem Ober-Präsidenten eine Vorstellung in Betreff Arbeitsgesuches zu machen, und zogen deshalb vor das Regierungs-Gebäude. Natürlich konnten nicht alle vorgelassen werden, weshalb der Ober-Präsident ihnen die Weisung zukommen ließ, daß sie Einen aus ihrer Mitte aussöhnen möchten, der ihm ihr Gesuch vortragen könnte. Dies geschah auch, und der Deputirte soll das Versprechen erhalten haben, daß von Seiten der Behörden den Arbeitsbedürftigen so bald als irgend thunlich Beschäftigung gegeben werden solle. Auf diesen Bescheid zerstreute sich der Haufe jedoch nicht, er beschloß nun, nach den Bautstellen zu gehen und die dortigen fremden Arbeiter zur Verlassung ihrer Arbeit zu zwingen. Hier begannen nun leider Exesse, deren der Haufe sich

vorhin enthalten hatte, so daß die 12 M. Soldaten, welche, als die Arbeiter in das Regierungs-Gebäude (wo die Wohnung des Ober-Präsidenten sich befindet) sich begaben, zur Verhütung etwaiger Ungebührlichkeiten requirierte waren, durchaus nicht nothig hatten, mit Gewalt einzuschreiten. Nun aber wurden die fremden Arbeiter von den einheimischen gemäßhandelt. Einer der ersten soll sogar von einem Bangerüste bei einem Neubau in der hiesigen Bahnhofstraße geworfen worden sein. Der auf der genannten Straße wohnende Polizeicommissar suchte Ruhe zu stiften; seine dessfallsigen Aufforderungen wurden jedoch mit Hohn erwiedert, und er soll selbst Misshandlungen erfahren haben. Wegen jener Exesse haben unsere Sicherheitsbehörden es für nothig erachtet, die Militairbehörden um geeignete Vorkehrungen zu requirieren. Schon vor Abbruch der Dunkelheit, ungefähr gegen 5 Uhr, durchzogen bedeutende Abtheilungen der hier garnisonirenden Jäger und Kürassiere die Straßen. Diese Vorsichtsmaßregeln verfehlten nicht, eine Menge Neugieriger auf die Straße zu locken, deren Schwarm durch die gegen 6 Uhr von der Arbeit kommenden Bau- und sonstigen Handwerker vermehrt wurde. Der hiesige Commandant, General-Major v. Zollkoffer, ermahnte zu wiederholten Malen die Menge, welche auf den Straßen und den Plätzen herumwogte, aus-einanderzugehen, jedoch vergebens. Auch der Oberbürgermeister Pinder soll eine Aurore an dieselbe gehalten haben, worin er sie zum Auseinandergehen aufforderte, jedoch ebenfalls vergebens. Es erhielten demnach die Kürassierabtheilungen den Befehl, die Straßen zu säubern, wobei Viele überritten worden sein sollen. Es mochte dies ungefähr um halb 7 Uhr sich ereignet haben; Angriffe von Seiten der Menge sollen bis dahin noch nicht stattgefunden haben.

Gegen 7 Uhr ereignete sich aber ein solcher auf der Schuhbrücke. Es war dort eine große Menge, wohl meist Neugieriger, versammelt, wo dem ebenfalls von Seiten des Commandanten die Aufforderung zum Auseinandergehen erging. Es wurde auch diesmal dieser Aufforderung keine Folge geleistet, weshalb der genannte Offizier hinwegritt. Ein anderer, der ihm nachritt, wiederholte die Aufforderung; doch da er allein war, wurde ihm nicht nur keine Folge geleistet, sondern er hatte Spott und Hohn zu erfahren. Da ertönten aber Huzzsläge von der Albrechtsstraße und eine Abtheilung Kürassiere kam herangeritten, worauf sich die Menge sofort zerstreute. Was hierauf geschehen, darüber kann ich noch keine Auskunft geben, es soll aber mehrmals von Seiten der Menge auf das Militair mit Steinen geworfen worden sein, worauf in erstere theils eingeritten, theils eingehauen wurde. Gegen 9 Uhr ungefähr zog mit einem Mal ein bedeutender Haufe, Lehrjungen und sonstige Burschen voran, die Schweidnitzerstraße entlang, dem sich auch eine unabsehbare Menge Gesellen und andere Leute angeschlossen, und es begann nun ein allgemeines Fenster- und Laterneneinwerfen. Die Tumultuanten bogen dann theilweise in die Karlsstraße ein, wo sie dieselben Exesse verübten, die Fenster des Theaters wurden gänzlich zertrümmert, und selbst in der Dienstwohnung des kommandirenden Generals wurden mehrere Scheiben eingeworfen. Einem Polizeikommisair Namens Lange erging es bei dieser Gelegenheit schlecht; er befand sich unter der Menge, nur in Begleitung eines Sergeanten und zweier Bürger. Als er jenen Tumult bemerkte, wendete er sich an die Zuschauenden, von denen einige gerade im Begriffe waren, Fenster einzuhauen, und ermahnte sie, von ihrem Vorhaben abzustehen. Hierdurch aber wurden die Aufgeforderten nur noch mehr erbittert und wendeten sich gegen den Kommissair, der auf das gräßlichste gemäßhandelt wurde.

Erst nach längerer Zeit wurde der Tumult auf der Schweidnitzerstraße vom Militair beigelegt und die Menge zerstreut. Die Straße selbst wurde darauf von Kürassieren nach dem Ringe zu gesperrt. Dessenungeachtet aber unternahmen es einige Tumultuanten ganz in unmittelbarer Nähe der Kürassiere in dem Hause, genannt zur Krone, an der Ecke des Ringes und der Schweidnitzerstraße die Fenster einzuhauen. Der jene Abtheilung befehlige Lieutenant von Rothkirch gab hierauf die Ordre, das Trottoir und den Platz vor jenem Hause von Menschen zu säubern, wobei scharf eingehauen wurde. Die Jäger, welche gegen 9 Uhr in ihre Kasernen zurückmarschirt waren, kamen bald hierauf wieder herbei und durchzogen die Straßen, den Ring bis auf den Blücherplatz, wo sie Halt machten. Das Regierungsgebäude, das Königliche Palais, die Gefängnisse wurden von starken Abtheilungen besetzt; die Hauptwache wurde anßer der verstärkten Besatzmannschaft noch besonders von Kürassieren und Jägern umringt. Verhaftungen haben viele stattgefunden; die Verhafteten wurden theils in die Hauptwache, theils gestern Abend vorläufig auf den Platz bei der Maria-Magdalenen-Kirche gebracht, der stark von Soldaten besetzt war. Man giebt die Zahl der Verhafteten auf mehrere Hundert an; es sollen meist Solche seyn, welche sich als Schreier und Lärmacher hervorgethan haben.

Gegen 11 Uhr Abends hatte sich die Menge größtentheils verlaufen. Das Militair blieb jedoch noch auf seinen Posten. Heute früh gegen 8 Uhr begaben sich die entlassenen Arbeiter in das städtische Marstallgebäude und wiederholten ihr Gesuch um Arbeit. Nur 50 konnten augenblicklich beschäftigt werden, die übrigen wurden vertrieben. Die militairischen Vorsichtsmaßregeln dauern fort. Die Wachen sind verstärkt, Patrouillen durchziehen die Straßen, das übrige Militair ist in den Kasernen konfiguriert. Es sind weiter keine Ruhestörungen vorgefallen.

Königsberg. — Sicherem Vernehmen nach wird Herr Polizei-Direktor Duncker binnen Kurzem hier eintreffen, man erwartet ihn schon in den nächsten Tagen. Ob die vielen hier schwedenden Criminal-Untersuchungen, namentlich wegen Mord, — es sind derer 4 in kurzer Zeit anhängig geworden — oder die politischen Bewegungen in unserer Stadt die Veranlassung zur Hektik dieses Polizeibeamten sind, will noch nicht verlauten. — Das Königliche Ober-Landes-

Gericht hierselbst hat in Folge des Antrags des hiesigen Staats-Prokurator in Geschäften auf Nichtigkeits-Erläuterung einer jüngst in der freien Gemeinde hierselbst vollzogenen Kopulation einstreden: daß wo, wie hier, der Akt aller rechtlichen Formen ermangelnd, an sich null und nichtig sei, nicht erst noch eine besondere richterliche Nichtigkeits-Erläuterung einzutreten habe, so daß hiernach das Verhältniß bloß als ein ärgerliches Concubinat zu betrachten ist und die daraus etwa entstehenden Kinder nur als uneheliche gelten könnten. Der Justiz-Commissarius, Justizrat K. L., welcher als Notarius bei dieser Trennung (Trauung?) fungirte, soll — wie ein hiesiges Blatt meldet — wegen groben Missbrauches seines Amtes zur Verantwortung gezogen werden.

A u s l a n d .

D e u t s c h l a n d .

Aus München wird der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben: „Es ist eine eigenhümliche Erscheinung, dieses Wiedererwachen der Bayerischen Presse in andern als den confessionellen Streitfragen. Münchener Blätter hatten seit Jahren außer über Hofneuigkeiten, über Theatergeschichten und etwa noch über vorgekommene Unfälle bei Bauten, durch schengewordene Pferde &c. nicht leicht einen selbstständigen Kreitel, sie müßten vielmehr ihre Spalten regelmäßig mit Abdrücken aus der „Allg. Zeitung“ füllen. Jetzt sprechen sie, das kleinste Localblatt nicht ausgenommen, schon bei den wichtigsten Tagesfragen ein Wort mit, und daß sie es mit Tact und Bescheidenheit thun, darf als ein gutes Zeichen für die Dauer dieser freien Bewegung betrachtet werden. Die Redaktion der „Allgem. Zeitung“ hat jedem, der mitzuwirken gedenkt an der Lösung aller zunächst gelegenen Tagesfragen, die beherrschenswerthe Mahnung zugerufen, um jeden Preis die confessionellen Seiten unberührt zu lassen. Nicht minder nahe liegt für die kleineren Blätter und für alle ungeübteren Federu der dringende Rath, sich sorgsam vor dem Ausschütten des Kindleins mitsamt dem Bade zu hüten. Das können die neuen Räthe des Königs nicht wollen und sie wollen es tatsächlich nicht, daß die Welt glaube, der Stern des politischen Heils, die Verwirklichung ausschweifender Fortschritts- und Reformationspläne, oder mit einem Wort eine Zukunft, wie sie die Jugend nicht bloß, sondern auch noch viele andere Leute zu träumen pflegen, sei nun auf einmal für und über Bayern aufgegangen; denn dieses hieße ja nur ein ideales Traumgebilde schaffen, dessen Verwirklichungsversuche unter allen Umständen scheitern müßten. Aber darum wollen wir uns die Freude über die wirklichen Gaben des Augenblicks nicht vertilgern, wir wollen uns nur dadurch doppelt gewarnt sein lassen gegen Fehler, die 1835 schon einmal begangen und seitdem so bitter und hart gebüßt worden sind.“

München. — Sie waren ohne Zweifel nicht wenig überrascht, in der „Allgemeinen Zeitung“ zu lesen, daß Herr v. Abel statt nach Brüssel, wie es Anfangs hieß, nun als Gesandter nach Turin kommt. Man wird sich übrigens diesen schnellen Wechsel leicht erklären, wenn man einem wohl begründeten Gerüchte Glauben schenkt, welches behauptet, derselbe sei in Folge der Einsprache einer großen Nordischen Macht erfolgt, die es nicht mit gleichgültigen Augen angesehen habe, daß Herr v. Abel nach Brüssel, dem Haupttheerde der Ultramontanen bestimmt sei, von wo aus schon vielfach auf die Rheinlande eingewirkt worden. Daß man einer solchen Vorstellung hier ein so geneigtes Ohr geliehen, mag ein weiterer Beweis dafür sein, wie entschieden man jeweils ist, der seither am Ruder gewesenen Partei nicht das geringste Zugeständniß mehr zu machen. Dieselbe bemüht sich auch fortwährend, die letzten Veränderungen in unsern Ministerien im Bereich des Kätsches und der Persönlichkeiten zu erhalten, und behauptet deswegen in ihren Organen ganz offen, das System habe durch die andern Namen, welche an die Spitze der Geschäfte berufen worden, nicht die mindeste Aenderung erlitten.

Vom Main. — Sicherem Vernehmen nach werden sich die Führer der Offenbacher Lichtfreunde demnächst mit der dortigen deutsch-katholischen Gemeinde vereinigen.

Frankfurt a. M., den 22. März. Es soll sich allerdings bestätigen, daß für Herrn Guizot in dem Bade Homburg für die Vorsaison eine Wohnung bereits in Miethe genommen worden.

Die anhaltende schöne Witterung giebt der Hoffnung Raum, daß unsere Messe, welche übermorgen beginnt, doch nicht ganz geschäftslos bleiben werde. Man wird allerdings mehrere Fabrikanten, besonders Französische, vermissen, allein das muß der allgemeinen Kalamität der Zeit zugeschrieben werden.

O e s t e r r e i ch .

Wien. — (S. M.) Was einige Zeitungen über das Verbot der Münchener „historisch-politischen Blätter“ hier oder auch nur über eine strengere Behandlung im Bezug derselben verbreitet haben, ist ganz ungründet und es kann diese Zeitschrift nach wie vor ungehindert auf dieselbe Weise durch die K. K. Post bezogen werden.

In Prag haben die von den Fabrikanten entlassenen Arbeiter Bäckerläden geplündert. Ein Bäcker erlaubte ihnen, zu nehmen, was sie wollten. Gegen 600 Arbeiter sandten eine Deputation an den Bürgermeister. Die Garnison erhielt Befehl, sich bereit zu halten und die Offiziere mußten in den Kasernen schlafen. Man hat jedoch friedliche Auskunftsmittel gefunden. Die Fabrikanten sind zusammengetreten, um wöchentlich jeder eine bestimmte Summe zu zahlen, doch müssen auch die beschäftigten Arbeiter wöchentlich etwas zahlen, um die unbeschäftigte Leute zu erhalten.

G a l i z i e n .

Krakau, den 22. März. Die Gazeta Krakowska enthält heute folgende Kundmachung: „Da das Tabakmonopol demnächst in seiner ganzen Ausdehnung eingeführt wird, so wird hiermit der Tabakbau in Krakau und seinem Gebiete von nun an verboten. — Übertretungen dieses Verbots werden nach den Bestimmungen des Gefälls-Strafgesetzes behandelt. Krakau, am 21. März 1847, Moriz Graf Deym, K. K. Hofcommissair.“

F r a n k r e i ch .

Paris, den 22. März. Das Journal des Débats eröffnet sein heutiges Blatt mit Bemerkungen über die Glossen, welche andere hiesige Zeitungen zu der Convention der Russischen Regierung mit der Bank von Frankreich gemacht, indem es erklärt, es wolle sich seinerseits eigener Betrachtungen über diesen Rentenkauf für den Augenblick noch enthalten. „Als die Nachricht von diesem Geschäft sich im Publikum verbreitete“, sagt es, „war die erste Bewegung eine Neuerung allgemeinen Erstaunens, wir könnten fast sagen Misstrauens, so wenig hatte man einen solchen Schritt von dem Beherrschter Russlands erwartet; aber der augenblickliche, unbestreitbare Vortheil brachte bald alle anderen Erwägungen zum Schweigen, und wir müssen anerkennen, daß nach ziemlich kurzem Zaudern die öffentliche Meinung sich allgemein auf die Seite der Willigen stellte; dies ist Thatsache. Wir wollen diese selteue Uebereinstimmung nicht durch eine Vorsicht föhren, die unzeitig und übertrieben erscheinen könnte. Einer Hülfe gegenüber, deren Frankreich, wie es scheint, ernstlicher bedurfte, als wir es gebaht hätten, wollen wir die möglichen Ungelegenheiten nicht untersuchen, die später der geleistete Dienst haben könnte. Wir wollen auf keine Polemik über eine so zarte Sache eingehen. Ueberdies haben uns die meisten Journale der Opposition selbst das Beispiel der Zurückhaltung gegeben. Der Constitutionnel geht sehr flüchtig über die politische Seite der Angelegenheit hin. Vom finanziellen Gesichtspunkt aus glaubt dies Journal, daß das Geschäft für den Kaiser von Russland vortheilhaft sei, insofern es diesem Fürsten eine Gelegenheit verschafft, von den edlen Metallen, die in den Gewölben der St. Peter- und Pauls-Festung zu St. Petersburg angehäuft sind, einen fruchtreichen und soliden Gebrauch zu machen. Diese Metalle, die aus den Bergwerken des Ural herrühren, würden, nach den Berechnungen der St. Petersburger Handels-Zeitung, gegenwärtig in Münzen und in Barren eine verfügbare Summe von 420,888,598 Fr. 92 Cent. Französischen Geldes betragen.“

Der Constitutionnel berichtet, daß die Eisenbahn-Gesellschaften Schießpulver, gleich anderen Waaren, für die Regierung zu spediren hätten; als einzige Vorsichtsmaßregel diene bloß, daß die Pulver-Waggons am Ende der Züge sich befinden sollten. Unbegreiflich sei es, daß man Pulver auf solche Weise transportieren lasse, da solche Gefahr dabei sei.

Neulich hielt Herr Dupuis-Delcour, einer der tüchtigsten Aeronauten in dieser Hauptstadt, vor einem äußerst zahlreichen Publikum einen Vortrag über die Geschichte und den jetzigen Stand der Luftschiffahrt. Er wies statistisch nach, daß im Ganzen diese Art der Fortbewegung im Vergleich mit anderen, zu Wagen, zu Schiffen und auf Eisenbahnen, sehr wenig gefährlich sei; denn seit 65 Jahren hätten 700 Aeronauten 6000 Luftreisen unternommen, und während dieser ganzen Zeit seien nur 10 Unglücksfälle vorgekommen.

O'Connell wird gegen Ende dieses Monats auf seiner Durchreise nach Italien hier in Paris erwartet.

Die Union monarchique, ein legitimistisches Journal, äußert sich, wie folgt: „Dass die Russische Regierung 50 Millionen Fr. in Französischen Renten anlegt, ist eine Thatsache, die große Aufregung in der politischen Welt sowohl, als in den finanziellen Kreisen, hervorgerufen hat. Die Sache wird sehr verschieden ausgelegt; man knüpft unzählige Mutmaßungen daran, ja man findet, Europa sei damit in eine neue Lage gebracht, und das Geschäft der Bank mit dem Kaiser trage den Stempel einer politischen Umwälzung. Man begreift diese Überraschung. Wenn das Geschäft mit England stattgefunden hätte, gewiß Niemand würde darüber staunen. Aber daß Russland einen solchen Handel abschließt, läßt alle Welt fragen: Was kann das bedeuten? Was mag dahinter verborgen sein? Und doch ist die Antwort auf diese Frage gar nicht schwer. Die Russische Regierung versteht sich besser, als man bei uns glaubt, auf Dinge der Finanzen und des Kredits. Das Geschäft hat weniger mit der Politik als mit der Staatswirtschafts-Lehre zu thun. Der erste Anstoß dazu soll ohnehin von Paris ausgegangen sein. Man sah zu St. Petersburg, es sei auf das Geschäft einzugehen; wenn die finanzielle Krise zugleich mit der Ursache, aus welcher sie entsprungen ist, vorübergegangen sei, mag der Kaiser die Renten, welche er zu 115 Fr. 75 Cent. gekauft hat, zu 120 an der Pariser Börse wieder abgeben; er hat dann einen schönen Nutzen gezogen, und das ist Alles. „Der Courrier français schließt sich in seinem Urtheil dem National an; er sieht ein politisches Motiv im Hintergrund und hält Ehre und Interessen Frankreichs für gefährdet. Die Gazette de France ist gleicher Meinung und sagt witzend: „Man wird bald am Eingange zum Bankgebäude die Inschrift lesen“: Den Französischen Doktrinaires das dankbare Russland.“ Gleich nachdem die Uebereinkunft bekannt wurde, schickte Lord Normanby einen Courier nach London ab, und er soll sich laut geäußert haben, daß dies ein wichtiges Ereigniß sei, welches bedeutende Folgen in seinem Schoße trage. Graf Appony seinerseits soll die Hoffnung ausgesprochen haben, daß diese Maßregel auf das Österreichische Ansehen günstig einwirken werde.

Wenngleich das Journal des Débats in seinen Bemerkungen über die ständische Verfassung Preußens seinem Urtheil immer nur den Maßstab seiner con-

stitutionellen Doktrinen zu Grunde legt und weit entfernt ist von jener unbefangenen und richtigeren Würdigung des Deutschen Staats- und Rechtswesens, die man in den *Times* in dieser Hinsicht findet, so kann das Französische Regierung-Organe doch andererseits nicht umhin, den radikalen Ansichten anderer Französischer Blätter über die Zustände in Deutschland und spezieller in Preußen aufs entschiedenste entgegenzutreten und mit Nachdruck die Meinung zurückweisen, als ob es mit jenen Urtheilen irgendwie übereinstimme. In seinem gestrigen Blatt thut es dies namentlich dem National gegenüber und sucht demselben begreiflich zu machen, daß es mit Achtung von der Bedeutung der neuen ständischen Einrichtungen in Preußen gesprochen, indem es auf die dadurch für das politische Leben eröffnete neue Bahn hingewiesen und schon der bloßen Thatsache der Einberufung der Stände, so wie der Natur ihrer Berathungen, der Feststellung ihrer permanenten Hinzuziehung zu gesetzlichen Akten, der regelmäßigen Einberufung ihrer Ausschüsse, der beständigen Deputation für die Staatschuldenfachen, die ihnen gebührende Wichtigkeit beigelegt habe. Dabei zollt es seinen Tribut der Preußischen Bürokratie, als eines Werkzeuges der Gerechtigkeit für Alle, — der Preußischen Armee, als der nationalsten, die es geben könne, vermöge der Art ihrer Rekrutierung, — der Preußischen Municipal-Versammlung, als welche in dem Lande den Sinn für öffentliche Thätigkeit genährt und belebt habe. „So haben“, sagt es, „die Verwaltungs-, Militair- und Municipal-Institutionen schon seit vielen Jahren und auf regelmäßigen Wegen jene großen Prinzipien sozialer Billigkeit entwirkt, welche in Frankreich eine so gewaltsame und plötzliche Explosion verursachten, weil sie zu lange bereits in den Geistern und Herzen Wurzel gesetzt hatten, ehe sie Eingang in die Gesetze fanden.“ Das Französische Blatt röhmt dann den Ernst und die Besonnenheit, womit man in Deutschland den praktischen Konsequenzen der Ideen nachstrebe, statt sich in Declamationen über die Prämissen zu versetzen, und dieser Geist habe sich vorzüglich auch in den Preußischen Provinzialständen gezeigt: „Eine bemerkenswerthe Übereinstimmung, ein entschiedener Sinn für das Positive, dies sind die beiden Züge, an denen man jetzt die Stärke des öffentlichen Geistes in Preußen erkennen muß.“ Was die Erwartungen des National betrifft, so möge dieses Blatt sich nur darauf gesetzt machen, daß es sich etwas lange werde gedulden müssen, wenn es sie in Erfüllung gehen zu sehen hoffe. „Niemals“, schließt das Journal des Débats, „wird man in Frankreich klar genug einsehen können, welcher Nachtheil überall dem Fortschritt der freisinnigen Ideen durch jene wunderlichen Uebertreibungen und durch jene blinde Manie bereitet wird, Anderen unsere Geschichte aufzudringen zu wollen, als wäre es die Form, in welche die ihrige gegossen werden müßte.“

S p a n i e n.

Madrid den 15. März. Das Kabinett hat den General Serrano in Auflagestand versetzt, weil derselbe sich weigert, seinen Sitz im Senat zu verlassen, und das ihm übertragene Kommando in Navarra zu übernehmen.

Nach dem Espannol steht von Algerien aus eine Karlistische Expedition in Aussicht. Es sind dort eine Menge Karlistischer Flüchtlinge, die theilweise in der Fremdenlegion gebient haben oder noch dienen, versammelt. Es sollen in Algier selbst zahlreiche Verhaftungen zum Theil bedeutender Persönlichkeiten stattgefunden und die Gewißheit ergeben haben, daß eine Expedition in nächster Zeit vorbereitet wird. Schon sollen von dort aus mehr als 1000 Soldaten nach Spanien hinüberbefördert sein.

G r o ß b r i t a n n i e n.

London, den 20. März. Einer Anzeige des Premier-Ministers zufolge, wird das Parlament am 31sten d. M. sich bis zum Montag den 12. April, wegen der Osterferien vertagen.

Die Transaction zwischen der Russischen Regierung und der Bank von Frankreich giebt der hiesigen Presse zu ausführlichen Kommentaren Veranlassung. Am weitesten schauen die *Times*, indem sie die mutmaßliche Bedeutung dieses Ereignisses mit seinen Folgen erörtert. Den politischen Gesichtspunkt weiß dieses Blatt dafür allerdings auch nicht bestimmt anzugeben, obschon es nicht zweifelt, daß ein solcher der Transaction zum Grunde liege; aber es scheint ihm das Wahrscheinlichste, daß Frankreich durch die Aufhebung des „herzlichsten Einverständnisses“ von England getrennt und, durch die in Spanien drohenden Ereignisse gebrängt, sich entschlossen habe, in der Russischen Allianz eine Stütze zu suchen und deshalb in seiner auswärtigen Politik die bisherige Verfechtung der Russland nicht genehmten politischen Grundsätze aufzugeben.

Nach den letzten Berichten aus Dublin schiffen sich die Landbewohner zu Hunderten in den Irlandischen Häfen nach Quebec und New-York ein.

R u s l a n d u n d P o l e n.

St. Petersburg, den 18. März. Vergangenen Sonnabend, den 13. März, wurde in der großen Kapelle des Winter-Palastes die heilige Taufe an dem Prinzen Eugen Maximilianowitsch vollzogen, in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin, des Großfürsten Thronfolgers, der Großfürsten Konstantin, Nikolaus und Michael Nikolajewitsch, des Großfürsten Michael Pawlowitsch, der Prinzessin Maria Maximilianowna, des Prinzen Peter von Oldenburg und des Prinzen Alexander von Hessen, so wie in Anwesenheit der Mitglieder des Reichsraths, der Minister, Senatoren, des Hofes, des diplomatischen Corps, der Generale und Offiziere der Garde, des Landheeres und der Flotte und der dem Hofe vorgestellten angesehenen Personen. Die Namen des hohen Neugeborenen sind: Se. Majestät der Kaiser, Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl von Bayern, Ihre Kaiserl. Hoheit die Prinzessin Maria Maximilianowna und Ihre Königl. Hoheit die Kronprinzessin von Bayern.

S o w e i s.

Bern den 18. März. Nach der „Volkszeitg.“ erkennt eine Gemeinde nach der andern, mit Petitionen gegen die Berufung Dr. Zeller's aufzutreten. Ferner schreibt sie: „Es wird als ganz bestimmt behauptet, Dr. Zeller sei bereits in Bern angelangt und man werde ihm diesen Abend ein Ständchen geben.“

Bern. — Die „Volkszeitung“ meldet: „Die Bewegung unter dem Volke wegen der Zellerangelegenheit nimmt nach allm. von verschiedenen Seiten her einlangenden Nachrichten im ganzen Lande eine uns selbst unerwartete Ausdehnung. An den einen Orten sind es einzelne Gemeindeglieder, an andern die Vorgesetzten, an dritten förmliche Gemeindeversammlungen, welche sich zusammenfinden, berathen, Petitionen unterschreiben oder anderswo noch zuwarten wollen, ob nicht die Regierung selbst zur Bestimmung komme. Die Aufregung wird durch die Maßregeln und Plackereien, welche man der Ausübung verfassungsmäßiger Rechte entgegenstellt, noch vermehrt und die Erbitterung wächst. Montags kamen verschiedene Bezirksbeamte persönlich so wie Botschafter von solchen nach Bern, welche die Zustände als nicht unbedenklich darstellten. Der Regierungsrath versammelte sich sogleich und saß bis 10 Uhr Nachts.“

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

London den 16. März. Das Dampfschiff „Cambria“ hat Nachrichten aus New-York bis zum 28. Februar überbracht. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Mexiko gehen aus Tampico bis zum 8., aus Veracruz bis zum 2. Februar. In ersterem Orte war am 4. durch Handelsbriefe die Nachricht eingegangen, daß Chihuahua nach heftigem Kampfe, in welchem die Amerikaner wie die Mexikaner bedeutend gelitten hatten, von den Erstern eingenommen und besetzt worden ist. Die Friedensaussichten scheinen wieder in die Ferne gerückt zu sein, da die Nützungen von Seiten der Amerikaner mit Eifer betrieben werden.

Der New-York Courier-Enquirer sagt: „Im Kongress ist noch nichts entschieden, weder über die 3 Millionen-Bill, noch über die Bill zur Vermehrung der Staatseinkünfte, und doch geht die Session nächsten Mittwoch (3. März) nach Vorschrift der Konstitution zu Ende. Es ist wenig wahrscheinlich, daß noch eine Änderung im Tarif zu Stande kommen werde. (Die obige Angabe: es sei am 27. Februar noch nichts entschieden gewesen über die Drei Millionen-Bill, steht in direktem Widerspruch mit einer durch das Packetschiff „Duchesse d'Orléans“ nach Havre gelangten Nachricht aus New-York vom 17. Februar, wonach die besagte Bill — welche bestimmt ist, dem Präsidenten drei Millionen Dollars zur Beendigung des Krieges mit Mexiko — also zu einer Art Erkaufung des Friedens — zur Verfügung zu stellen — sei mit 115 Stimmen gegen 105 im Kongress durchgegangen, und zwar mit dem Zusatz, die Sklaven in den Gebieten, welche den Vereinigten Staaten annexirt werden dürften, sollten sofort emancipirt erklärt werden. Die Angabe vom 17. Februar muß irrig sein, dieweil in den neuesten Berichten erwähnt wird, es sei am 23. und 24. Februar im Senat über die Drei Millionen-Bill debattirt worden, ohne daß es zu einem Beschuß gekommen wäre.) In New-York sind 40,000 Dollars für die hungrigen Iränder gesammelt worden. Im Kongress wurde eine Bill eingebracht, wonach von Staatswegen eine halbe Million Dollars zur Unterstützung für Irland ausgeföhrt werden soll. Nach Berichten vom Kriegstheater erwartete man, der Angriff auf Veracruz werde Anfangs März stattfinden; Vorbereitungen dazu wurden im größten Maßstab getroffen.“

Vermischte Nachrichten.

Posen den 27. März. Gestern hatte in der Aula des hiesigen Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums die jährliche öffentliche Prüfung der Jöglinge dieser Anstalt statt. Das Einladungsprogramm enthält eine gelehrt Abhandlung: „dipterologische Beiträge, II Abth. vom Prof. Loew“, und außerdem Schulnachrichten aus der Feder des Direktors, Herrn K. R. Kiesling. Aus letzteren erfahren wir, daß die Anstalt im vergangenen Wintersemester von 421 Schülern besucht war, die in neun Klassen von 18 Lehrern — mit Einschluß der Religionslehrer und des Zeichenlehrers — unterrichtet wurden. Die Unter-Quarta und Quintazergiesen der Überfüllung wegen in Parallel-Goetus. Von den 353 wöchentlichen Unterrichtsstunden kamen die meisten, nämlich 101 auf das Lateinische, die wenigsten — eine — auf die philosophische Propädeutik. Auf das Deutsche wurden verwandt: 34, auf Geschichte und Geographie 30, auf das Griechische und Rechnen je 27, auf das Polnische 26, auf die Religion 23, auf die Mathematik 17, auf Naturgeschichte, Zeichnen und Kalligraphie je 14, auf den Gesang 7, und auf das Turnen 4 Stunden. Mit dem Zeugnis der Reife gingen im Laufe des Jahrs 10 Jöglinge zur Universität. Für den neuen Kursus, der mit den 12. April e. beginnt, ist die Einrichtung getroffen, daß den israelitischen Jöglingen des Gymnasiums in abgesonderten Klassen mosaischer Religionsunterricht durch den jüdischen Religionslehrer Dr. Sachs ertheilt wird.

Posen. — Nach den uns aus der Provinz zugegangenen Nachrichten stehen die Wintersaaten in Folge der für sie ungemein günstigen Witterung fast überall vorzüglich und berechtigen zu Hoffnungen auf eine ergiebige Ernte, wenn die Witterung der nächsten Monate eben so günstig als jetzt bleiben sollte. — Die Sterblichkeit unter den Menschen hat in der letzten Zeit das gewöhnliche Maß nicht überschritten. Die abwechselnde Witterung hat zwar hin und wieder katarrhalische und rheumatische Fieber hervorgerufen; der Verlauf dieser Krankheiten war

(Beilage.)

jedoch im Allgemeinen gutartig. — Rücksichtlich des Gewerbebetriebes ist die Stadt Rakwitz, im Kreise Breslau, wegen ihres ausgebreteten Blutegelhandels zu erwähnen. Rakwitz giebt den Marktpreis der Blutegel für London und Hamburg an, denn die Rakwitzer Kaufleute halten Leiche bei Hamburg und versorgen diese stets mit zureichendem Vorrauth. Im verflossenen Jahre kamen aus Russland, Galizien und Ungarn circa 2,900,000 Stück Blutegel in Rakwitz an, wovon der Einkaufspreis durchschnittlich 20 Rthlr. pro Tausend betrug. Hieron sind ungefähr 1,800,000 Stück nach Hamburg und England versandt, und das Tausend in Hamburg durchschnittlich mit 48 bis 50 Rthlr. bezahlt worden. — In hiesiger Stadt ist seit dem 1. Januar c. ein Pfandleihhaus in's Leben getreten. Wie sehr die Errichtung desselben vom Bedürfniss erfordert wurde, ergiebt sich daraus, daß seit der kurzen Zeit seines Bestehens bereits circa 2000 Rthlr. auf Pfänder ausgeliehen worden sind.

Berlin. — Allem Vermuthen nach werden die Anklageschriften in dem Polenprozeß gebracht werden. Es verlautet übrigens, daß die mündlichen Verhandlungen stenographirt und durch die Allg. Preuß. Ztg. offiziell mitgetheilt werden sollen.

Bülow-Gummerow's neues Werk: „Preußen im Januar 1847 und das Patent vom 3. Februar“ ist in einem Tone großer Entschiedenheit abgefaßt. Ein Abschnitt handelt „über den jetzigen Stand der Gewerbe, des Handels und der Schiffsahrt und über die Bedingungen ihres Flores“, wobei natürlich der Zollverein, das Verhältniß zwischen freiem Handel und höhern Schutzöollen in die erste Reihe der Erörterungen treten. Zur Hebung des Deutschen Handels und der nationalen Schiffsahrt unterstützt der Verfasser in ausführlicher Besprechung das Differentialzollsysteem, für dessen Einführung er den jetzigen Zeitpunkt als vorzüglich geeignet erklärt. Den Schlüß der Schrift, etwa ihren dritten Theil, nimmt endlich „die Preußische Verfassung und das Patent, die ständischen Einrichtungen betreffend, vom 3. Februar 1847“ ein. Der Verfasser bringt auf definitive Ordnung der ständischen Einrichtungen, indem er es für unumstößlich feststehend erklärt, daß der Preußische Monarch durch Ertheilung einer Verfassung (eines Grundgesetzes) den Rechten der Krone nicht ein Haarbreit vergiebt.

Vom Rhein. — Wünsche erzeugen Wünsche. Schon verlautete von der Beseitigung so manchen drückenden Zwanges durch die Postreform, von der Herabsetzung des Brief- und Geldportos und dennoch können wir nicht umhin, einen Wunsch noch laut werden zu lassen, der, weil er wohl noch nicht Gegenstand öffentlicher Besprechung geworden, auch bei den neuesten Postreformen noch keine Berücksichtigung gefunden haben dürfte. Es ist der einer Herabsetzung des immer mehr außer allem Verhältniß zum Briefporto tretenden Briefträgerlohns. Für die Bezahlung eines Briefes auf eine Entfernung von 20 Meilen werden gegenwärtig 2 Sgr. Porto gezahlt, für die auf eben so viele Schritte theils halb so viel, theils ein Viertel obigen Portos. Jedenfalls ein in die Augen fallendes Mißverhältniß. Und doch wird die von den Posten gegen eine Entschädigung übernommene Verpflichtung der Beförderung von Briefen eigentlich erst durch die richtige Uebergabe derselben an den Adressaten völlig gelöst. Welcher Mittel sich die Postanstalt hierzu bediente, der Eisenbahn, der Pferde oder Menschenbeine, kann den Briefempfänger völlig gleich sein. Daß es einem jedem frei steht, seine Briefe ohne weitere Kosten von der Post selbst abzuholen, kann darum nicht eingewendet werden, weil Niemand wissen kann, ob dort Briefe für ihn zur Abholung bereit liegen und der bloße Möglichkeit wegen nicht Jedermann täglich dorthin den Weg machen kann. Die Beförderung der Briefe vom Absender bis in die Hände des Adressaten — nicht allein von einer Postanstalt zur andern — ohne weitere Portoerhöhung erscheint daher als eine billige Forderung des korrespondierenden Publikums.

Köln. — Der Fremde, welcher die freimüigen Institutionen des Rheinlandes auch für seine Provinzen in Anspruch nehmen möchte, wird seinen Augen kaum trauen, wenn er liest: daß bei den jüngsten Wahlen, welche aus sämtlichem Kaufmannsstande das Handelsgericht ergänzen sollen, aus etwa 800 Mitgliedern, welche diesen Stand in Köln ausmachen, bloß einige zwanzig erschienen.

Am verflossenen Sonnabend wurde in Bonn ein Student (aus Düsseldorf) am Münsterplatz gegen die eilste Stunde Abends auf eine solche Weise angegriffen, daß er bis Morgens 4 Uhr auf dem Platz liegen blieb, worauf er sich nach Hause geschleppt haben muß, denn Genaues kann man nicht angeben, da der Verwundete bestimmtlos ist. Sein Zustand ist der Art, daß man ernsthafte Besorgnisse hegt.

Barmen. — Ein hiesiger Bäcker, der seinen Wohlthätigkeitszinn bereits zweimal dadurch beßtigte, daß er den hier bestehenden Suppen-Anstalten ein fettes Schwein von 400 Pfds. schenkte, kündigt heute an, daß er denjenigen Armen, welchen Brodmarken bewilligt worden seien, das 7 pfündige Schwarzbrot einen Groschen unter der Taxe ablassen werde, und zwar bis zu tausend Stück die Woche. Durch diese rühmenswerthe Handlungswise erhalten die Armen das 7pfündige Brod jetzt zu 5 Sgr. 4 Pf., da die Brodmarken zu 2 Sgr. angenommen werden, während der Taxpreis die enorme Höhe von 8 Sgr. 4 Pf. erreicht hat. Möchte das Beispiel Nachahmung finden.

Die Münch. polit. Ztg. enthält folgende Erklärung des Redakteurs: „Um etwaigen falschen Ausstreuungen vorzubürgen, erklärt der Unterzeichnete, daß er sich am 1. Juli d. J. von dem Unternehmen der „Münchener politischen Zeitung“ aus freien Stücken zurückziehen wird. Da derselbe gesonnen ist, die jüngsten Vorgänge in Bayern, wie überhaupt das letzte Decennium in einer besonders

herauszugebenden Schrift zu beleuchten, so wird er auch wohl dann gelegentlich auf die Gründe seines Rücktritts zu sprechen kommen. Nur eines muß er jetzt schon aussprechen; es erfüllt ihn eine namenlose Freude, den Aufgang der Morzentröthe einer schöneren Zeit in aller Frische der Gesinnung erlebt zu haben.“

Schubert.

Aus Wien wird berichtet: Von der Sängerin Jenny Lind, die fortwährend in „Vienna“ mit großem Beifall aufrat, erzählt man sich, daß dieselbe, als sie in den Gemächern der Erzherzogin Sophie in einem Hofkonzerte sang, sich einer groben Verlezung der K. K. Etikette schuldig gemacht habe und deshalb in Ungnade gerathen sei. Auf die Aufforderung der Prinzessin, sich eine Gnade zu erbitten, soll die bescheidene Künstlerin geantwortet haben, sie bitte bloß um den Namen der Erzherzogin für ihr Album. Und diese Unbefangenheit hat man so sehr übel aufgenommen!

Die Dorfz. meldet: Der herrschenden Geldklemme hat der Tschirkeßenhäuptling Schantz dadurch abgeholfen, daß er eine Ledermünze stempeln und einführen ließ. Die nächsten Rathgeber sind größtentheils Polnische und Französische Offiziere.

In der Niederung, schreibt man der Königsberger Zeitung aus Tilsit vom 12. d. M. (der wir übrigens die Verantwortlichkeit für diese Nachricht überlassen wollen), erregt jetzt ein Mädchen von kaum 9 Jahren großes Aufsehen, welche die Tochter eines Justmannes und ohne allen Unterricht aufgewachsen ist. Eines Tages verfiel sie in Krämpfe, die mit unruhigem Schlaf endeten. Beim Erwachen sang sie mit klarer Metallstimme den Sinn eines Liedes aus dem Gesangbuch, doch mit ganz andern Worten, wenn auch nach demselben Rhythmus. Außerdem konnte sie plötzlich fertig lesen, obgleich sie früher darin nicht die geringste Kenntniß hatte. Krämpfe und Gesang wiederholen sich täglich und auf Befragen über die Zeit ihres bewußtlosen Zustandes soll sie fabelhafte Dinge erzählen. Das Kind soll sich fortwährend in einem krankhaften, aufgeregt Zustande befinden.

Als ein sehr wirksames Gegenmittel gegen die Aetherberauschung erkannte Dr. Behrend in Berlin den Salmiak-Spiritus. Läßt man einen in einen Aetherrausch versehnten Menschen oder ein Thier den Dunst des Salmiakgeistes einzischen, so tritt sehr schnell Bewußtsein und Empfindung wieder ein. Da Aether Ammoniakgeist reichlich absorbiert, so ist die Wirkung hier vielleicht das Resultat eines chemischen Prozesses zwischen beiden in das Blut eingedrungenen Stoffen, der noch zu deuten wäre. Bestätigt sich auch durch Andere die Wirkung der Ammoniakgas-Einathmung als Antidotum gegen die Aetherberauschung, so muß sie auch als ein sehr wirksames Mittel gegen Zustände großer Trunkenheit überhaupt benutzt werden können; Kälte und Ammoniakgas-Einathmung sind dann die beiden Agenten, die sehr schnell wieder nüchtern machen.

Der Erfinder der Schießwolle, Professor Schönlein, soll nach dem Nürnberger Courier eine neue Erfindung, auch zum Besten der leidenden Menschheit, gemacht haben. Man sagt nämlich, er habe ein Mittel entdeckt, jede Wunde sofort zu schließen (So können die Wunden, welche Kranke im Aetherrausche erhielten, ohne Schmerz zu empfinden, vielleicht geschlossen werden, ehe die Operatoren erwachen, so daß kaum eine Spur von dem Geschehenen übrig bleibt!).

Theater.

Freitag den 26. März. — Der Graf von Monte Christo von Karl Schmidt. — Dieses Drama, welches Herr Pfuntner zu seinem Benefiz gewählt hatte, vermochte es leider nicht, die Räume des Hauses zu füllen, wieviel auch der Zettel versprach. Es schließt sich ziemlich genau an die Handlung des bekannten Dumas'schen Romanes an und ist überreich an Schauer- und Thränen-Szenen, wie auch an schlagenden Effekten, wenn gleich ein innerer Zusammenhang der verschiedenen Abtheilungen vermischt wird. Die Aufführung ist, abgesehen von den natürlichen Mängeln, die eine jede erste Darstellung begleiten, eine durchaus genügende zu nennen, was um so mehr Anerkennung verdient, als einzelne Rollen sehr bedeutende Kräfte verlangen. Dies ist namentlich der Fall mit der Titelrolle, die indessen an Herrn Sulzer einen seiner Aufgabe vollkommen gewohnten Repräsentanten fand. Die verschiedenen Perioden seines Lebens, in denen es uns vorgeführt wird, wußte er durch scharfe Grenzen zu markieren und namentlich in der letzten Abtheilung als Graf von Monte Christo diejenige Originalität und Geistesüberlegenheit an den Tag zu legen, welche schon Dumas in seinem Roman so treffend bezeichnet. Ihm zunächst verdient der Benefiziat Herr Pfuntner (Danglars) für die Ausführung seiner schwierigen und undankbaren Rolle Lob, und wir müssen unser Bedauern darüber aussprechen, daß diesem wackern Künstler ein so wenig ergiebiger Abend wurde. Mad. Pfister (Mercedes) spielte im ersten Aufzuge ganz ihrer Rolle angemessen, doch hätte sie in der letzten Abtheilung als eine Pariser Salon-Dame billigerweise statt des übertriebenen Pathos zuweilen, namentlich in den Empfangsszenen, den leichteren Conversationston anschlagen können. Die H. Mayer und Rüthling waren als „Fernand“ und „Caderousse“ ganz an ihrem Platze, eben so Herr Fischer als „Herr v. Wilfort“. Herr Vogt verstand es, die sehr zusammengezehrte Rolle des Abbé Faria meisterhaft darzustellen und so der ungeschickten Hand des Dichters nachzuholen. Herr Karsten (Morel) hätte von seinem bevorstehenden Bankrott nur nicht wie vom Evangelium reden sollen. Herr Hänseler war in seinen beiden Rollen, als „Herr v. Boville“ und als „Albert“ recht gut, indem es ihm durchaus nicht schwer ward, in Sprache und Gebärden das Wesen des vornehmen Mannes, wie des zärtlichen Sohnes richtig zu treffen. Schließlich müssen wir jedoch noch ein Wort des Tadelns aussprechen, und zwar über Herrn Herrmann, der sich in seiner wenn auch noch so kleinen Rolle (Graf Chateau Renaud) förmlich bemühte, die laute Unzufriedenheit des Publikums zu erregen; oder glaubt Mr. Herrmann vielleicht, daß ein Pariser Lion ein so alberner Gesetz seyn könne, wie er ihn darstellt? — Da dies Drama sich unschätzbar des Beifalls des größeren Publikums erfreuen muß, so läßt sich auch erwarten, daß die nächsten Vorstellungen derselben besuchter seyn werden.

H-o.

